

Sigrid Blömeke

Neue Medien als Herausforderung für die Pädagogik

In: Neue Sammlung 44 (2004) 3, S. 299-317

[Seitenzahlen bitte dem Originalbeitrag zufolge zitieren.]

Die pädagogische Diskussion über die neuen Medien findet im Spannungsfeld idealistischer Hoffnungen und kulturpessimistischer Befürchtungen statt. Im vorliegenden Beitrag werden vor dem Hintergrund des Habermas'schen Leitbildes macht- und herrschaftsfreier Kommunikation Chancen und Grenzen neuer Medien analysiert und mit pädagogischen Konsequenzen verbunden. Drei Perspektiven stehen dabei im Vordergrund: die Frage von sozialer Gleichheit bzw. Ungleichheit bei der Nutzung neuer Medien, die mit Globalisierung und Individualisierung der Informationsverbreitung verbundenen Chancen und Grenzen sowie die durch neue Medien erweiterten bzw. eingegrenzten gesellschaftlichen Partizipationschancen.

Dieter Baacke proklamierte noch vor wenigen Jahren die gesellschaftsverändernden Möglichkeiten, die sich durch die neuen Medien¹ im Sinne egalisierender Effekte ergäben, geradezu euphorisch. Insbesondere dem Internet komme der „so lange erwartete und bisher nicht erreichte Status einer Weltrevolution mit weit reichenden Folgen“² zu. Macht und Herrschaft könnten ebenso weniger leicht aufrecht erhalten werden wie „die Aura, bestimmten Personen einen besonderen Status zu verleihen“; Subjekte müssten sich zur Kommunikation nicht mehr zur selben Zeit am selben Ort befinden, so dass Öffentlichkeit „in einer radikalen raumzeitlichen Gegenwärtigkeit“ bestünde.

Selbst wenn Baacke das mit den neuen Medien verbundene Potenzial zur Verringerung gesellschaftlicher Ungleichheiten und Stärkung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten richtig kennzeichnen sollte, was im Einzelnen noch zu belegen ist, stellt sich aber – wie bei anderen technologischen Innovationen auch – die Frage, ob dieses Potenzial unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen realisiert wird. Um das Fazit vorwegzunehmen, sei darauf hingewiesen, dass Baackes sozialrevolutionären Hoffnungen ein Dämpfer erteilt werden muss. Wie die traditionellen Medien spiegeln Inhalte, Verbreitung und Nutzung der neuen Medien gesellschaftliche Gegebenheiten in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht wider. Der Begriff der ‚Informationsgesellschaft‘³ zur Kennzeichnung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes postindustrieller Gesellschaften ist in diesem Sinne eher irreführend – als wenn das Verfügen bzw. Nichtverfügen über Informationen *allein* ursächlich für gesellschaftliche Prozesse sei.⁴ Medien kommt vielmehr die Rolle von ‚Katalysatoren‘ zu, indem durch sie einerseits soziale Ungleichheiten und undemokratische Tendenzen beschleunigt und verschärft werden können, indem mit ihnen andererseits aber auch – entsprechende politische, soziale, kulturelle oder pädagogische

¹ Der Begriff ‚neue Medien‘ wird im Folgenden als zusammenfassende Bezeichnung für alle digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien in online- (z.B. Internet) und offline-Form (z.B. CD-ROMs) verwendet. In Abgrenzung dazu umfasst der Begriff der ‚Massenmedien‘ Printmedien (z.B. Bücher), auditive (z.B. Radio), visuelle (z.B. Fotos) und audiovisuelle Medien (z.B. Fernsehen).

² Baacke 1998, S. 76f.

³ Vgl. z.B. Flusser 1995, 1999a, 1999b; Castells 2001, 2002, 2003.

⁴ Damit wird einer Gesellschaftstheorie widersprochen, die Informationen denselben Stellenwert für gesellschaftliche Entwicklung zuschreibt wie Eigentum, wie dies beispielsweise die Enquête-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“ (1996, S. 1) getan hat: „Information wird zur Grundvoraussetzung jeglichen wirtschaftlichen Handelns neben den bisher bekannten traditionellen Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Boden.“ Castells (2001, S. 2) schreibt den neuen Medien sogar primäre Bedeutung für gesellschaftliche Entwicklung zu und spricht von dem „Entfesseln der gewaltigen Produktivkräfte der informationellen Revolution“ (vgl. in diesem Sinne zuerst Umehao 1963, dann v.a. Toffler 1993 und Toffler/Toffler 1994). Allerdings verweist Castells (2002, 2003) auch auf andere Triebkräfte, indem er technologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandel in einem komplexen Zusammenhang sieht, aus dessen Verhältnis – Technik und Ökonomie tendieren zur Globalisierung, während soziale und kulturelle Gegebenheiten durch regionale Orientierung geprägt sind – konfliktreiche Dynamik entstehe.

Initiativen vorausgesetzt – gegenläufige, sozial-egalierende und demokratisierende Entwicklungen unterstützt werden können. Sowohl die Erfindung der Schrift als auch die des Buchdrucks beschleunigten bzw. ermöglichten z.T. erst grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, deren Ursache aber in genuin sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungsständen zu suchen ist; selbiges gilt für die *neuen* Medien.

Im Folgenden soll in diesem Sinne weder eine idealistische Medientheorie vertreten werden, wonach – wie es sich bei Baacke andeutete – die neuen Medien gesellschaftliche Verhältnisse revolutionieren können, noch soll ein kulturpessimistischer Ansatz verfolgt werden, wonach Individuen oder gar ganze Gesellschaften als Opfer der medialen Entwicklung gesehen werden. Differenziert werden stattdessen vor dem Leitbild macht- und herrschaftsfreier Information und Kommunikation im Sinne des Habermas'schen Verständnisses von Öffentlichkeit und rationalem Diskurs zunächst die Verbreitung und Nutzung neuer Medien unter der Leitfrage analysiert, inwieweit soziale Chancengleichheit gefördert oder behindert wird (Kapitel 1). Anschließend erfolgt eine Analyse der Formen und Inhalte der neuen Medien unter der Fragestellung, ob durch sie demokratisches Bewusstsein (2) und gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten (3) gefördert oder behindert werden. Eine Fokussierung erfolgt jeweils auf das Internet als das für diese Prozesse gegenwärtig bedeutsamste neue Medium. Der Beitrag schließt mit der Formulierung von Konsequenzen unter pädagogischer Perspektive.

1 Von der ‚Wissenskluff‘ zur ‚doppelten digitalen Spaltung‘

Historisch gesehen gingen Produktion und Verbreitung der ersten Massenmedien (Bücher, Flugschriften und Zeitungen) mit dem aufklärerischen Anspruch einher, Öffentlichkeit herzustellen. Mit der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Kommunikation in eine private und eine staatliche Sphäre im Zuge des neuzeitlichen Modernisierungsprozesses nach der Französischen Revolution übernahmen die Massenmedien im 18. und 19. Jahrhundert u.a. tatsächlich die Funktion, „das Wirken des Staates und seiner Organe und der in ihnen versammelten Machtgruppen [...] und das private Leben zu vermitteln“⁵. Informationen blieben nicht mehr nur einem kleinen Teil der Bevölkerung vorbehalten. Die Erfindung von Radio und Fernsehen stellte im

⁵ Baacke 1997, S. 13.

20. Jahrhundert eine weitere Chance dar, den individuellen Zugang zu Informationen zu verbreitern. Baackes Vision aus der ersten Hälfte der 80er Jahre:

- „mehr Zielgruppen- und Minderheitenprogramme [...];
- mehr lokale und regionale Orientierung durch Einrichtung lokal orientierter Rundfunkstationen;
- mehr Vielseitigkeit kultureller Angebote“⁶

kann heute als weitgehend verwirklicht angesehen werden. Gerade mit Hilfe des Internet könnte eine solche informationsorientierte Tradition fortgesetzt werden, da es Produktion und Vertrieb medialer Angebote drastisch verbilligt.

Bereits 1970 hatten allerdings Tichenor, Donohue und Olien in Bezug auf Massenmedien die so genannte ‚Wissenskluft-These‘ aufgestellt, die seither in der Diskussion um Chancen und Grenzen von Medien eine wichtige Rolle spielt. Sie formulierten:

„As the infusion of mass media information into a social system increases, segments of the population with higher socioeconomic status tend to acquire this information at a faster rate than the lower status segments, so that the gap in knowledge between these segments tends to increase rather than to decrease.“⁷

Dabei vermuteten sie diese Entwicklung vor allem für große und pluralistische Gesellschaften, in denen direkte Kommunikation und gemeinsame Werte eine geringere Rolle spielen als in geschlossenen traditionellen Gemeinschaften. Aufgrund der Vielzahl an Einflussfaktoren, der methodischen Probleme (insbesondere Erfordernis von Längsschnittstudien) und der Changierung des Wissensbegriffs blieb eine empirische Fundierung dieser These immer schwierig.⁸ Mit der steigenden Bedeutung des Internet muss die Wissenskluft-These allerdings noch einmal diskutiert und reflektiert werden, da sich nun auch empirisch deutliche soziale Unterschiede im Hinblick auf den Zugang zum Internet und die Form seiner Nutzung erkennen lassen.

1.1 Soziale Ungleichheiten beim Zugang zum Internet

In Bezug auf den Zugang ist festzuhalten, dass der Anteil an Internetnutzern in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 90er Jahre rasant zugenommen hat; in der Mediengeschichte hat kein Medium vergleichbar schnelle Zuwachsraten zu verzeichnen.⁹ Gut vierzig Prozent der Erwachsenen in Deutschland nutzen das Internet beruflich oder privat; weitere gut acht Prozent haben die Absicht, das Medium in Kürze einzusetzen.¹⁰ In welcher Geschwindigkeit die Veränderungen vor sich gehen, wird daran deutlich, dass sich PCs in Deutschland erst vor rd. 20 Jahren durchzuset-

⁶ Baacke 1984, S. 39

⁷ Tichenor/ Donohue/ Olien 1970, S. 159f.

⁸ Vgl. Bonfadelli 1987, 1994.

⁹ Vgl. Eimeren u.a. 2001.

¹⁰ Vgl. TNS Emnid/Initiative D21 2002.

zen begannen, dass das Internet als öffentlich zugängliches Medium weniger als zehn Jahre existiert, dass noch 1997 lediglich sieben Prozent der deutschen Bevölkerung das Internet nutzten und dass der Telekommunikationsmarkt in Deutschland erst 1998 dereguliert und privatisiert wurde.¹¹

In sozio-struktureller Hinsicht weisen die Gruppen der Internet-Nutzer und -Nichtnutzer charakteristische Muster auf: Über einen Zugang zum Internet verfügen v.a. junge Erwachsene, Männer, Personen mit hohem Bildungsabschluss, Personen mit hohem Einkommen und Westdeutsche, wobei sich der Abstand zu Bevölkerungsgruppen, die das Internet eher nicht nutzen – Ältere, Frauen, geringer Gebildete, Niedrigverdiener, Ostdeutsche und Personen mit Migrationshintergrund – in den letzten Jahren vergrößert hat.¹² Mit dieser Verteilung ist die Bundesrepublik Deutschland prototypisch für viele westliche Länder. Differenzierte Daten liegen insbesondere für die Schweiz und die USA vor, die ein ähnliches Muster der Internetnutzung ergeben.¹³ In allen Untersuchungen wird dabei davon ausgegangen, dass dies ein langfristig stabiler Trend sein wird:

„Eine Teilhabe aller Bevölkerungssegmente dürfte weder durch eine erhebliche Kostenreduzierung der Hard- und Software noch durch verbilligte Leitungstarife herstellbar sein, da sich den heutigen ‚Nicht-Onlinern‘ der persönliche Nutzwert, der über die klassischen Medien hinausgeht, bisher nicht erschließt.“¹⁴

Den Nutzungsunterschieden und ihren Ursachen wird im folgenden Abschnitt nachgegangen.

1.2 Soziale Ungleichheiten bei der Nutzung des Internet

Über soziale Ungleichheiten beim *Zugang* zum Internet hinaus lässt sich auch in Bezug auf seine *Nutzung* eine Differenzierung in sozio-struktureller Hinsicht zeigen, und zwar abhängig vom Bildungsstand. Höher Gebildete kommunizieren eher und informieren sich, während geringer Gebildete v.a. die Unterhaltungsangebote nutzen.¹⁵ Bonfadelli spricht daher von einem „double digital divide“¹⁶. Bei der sozialen Ungleichheit im Medienzusammenhang handelt es sich also nicht um ein technisches Problem, dessen Lösung ebenfalls auf technischer Ebene erfolgen könnte. Medien-

¹¹ Vgl. Niedermayer 2001, S. 143.

¹² Bei der Interpretation der Daten muss berücksichtigt werden, dass die Zusammenhänge komplex sind. So gilt beispielsweise für die neuen Bundesländer, dass in ihnen gleichzeitig der Anteil an jungen Menschen niedriger und an Arbeitslosen vergleichsweise höher als in den alten Bundesländern ist. Durch die aufgeführten Merkmale wird also immer nur ein Teil der Varianz erklärt, während für einen anderen Teil Drittvariablen verantwortlich sind.

¹³ Vgl. z.B. Bonfadelli 2002; Bowie 2000; Perillieux u.a. 2000.

¹⁴ Eimeren u.a. 2001, S. 396.

¹⁵ Vgl. TNS Emnid/Initiative D21 2002, S. 46.

¹⁶ Bonfadelli (2002, S. 65.

rezeption erfolgt nicht unabhängig von individuellen und sozialen Merkmalen, sondern entsprechend den eigenen Motiven, dem eigenen Vorwissen und den eigenen Bedürfnissen. Das unstrukturierte Informationsangebot des Internet verlangt gegenüber Buch, Radio oder Fernsehen, die ohne weiteres Know-how genutzt werden können, tiefer gehende Fähigkeiten zur Recherche, Decodierung und häufig auch Englischkenntnisse. Gleichzeitig erfordert eine informationsorientierte Nutzung einen bildungsorientierten Habitus. Beides – Wissen und Habitus – sind aber sozial ungleich verteilt. Damit entsteht das gesellschaftliche Problem, dass mit der doppelten digitalen Spaltung Bevölkerungsgruppen, die bereits als sozial benachteiligt angesehen werden müssen, möglicherweise weiter ausgegrenzt werden, wenn zukünftig Arbeit, Lernen, Kommunikation, Politik und Konsum immer stärker mit der Nutzung neuer Medien verwoben sein werden.

2 Mehr Information und Aufklärung durch neue Medien?

Neben dieser infrastrukturellen Perspektive sollen die gesellschaftlichen Ziele in Blick genommen werden, die mit dem Internet verfolgt werden können: Information und Aufklärung sowie gesellschaftliche Partizipation. Leitende Analyseperspektive ist nun, inwiefern durch das Internet demokratische Tendenzen gefördert oder behindert werden.

2.1 Chancen für mehr Information und Aufklärung durch das Internet

Die Produktion und Verbreitung massenmedialer Angebote – sei es ein Fernseh- oder Rundfunkbeitrag, sei es eine Zeitung oder ein Buch – erfordern einen vergleichsweise hohen finanziellen Mitteleinsatz. Dies stellte vor dem Aufkommen des Internet ein Hindernis für den Anspruch dar, jeder Mensch solle prinzipiell das Recht haben, seine Meinung öffentlich zu verbreiten. Der Aufbau eines alternativen Medienangebots außerhalb etablierter Medieninstitutionen war lange Zeit aus finanziellen und technischen Gründen kaum möglich, worunter u.a. ehrenamtliche Initiativen oder Gruppierungen litten, die nicht dem gesellschaftlich-politischen *mainstream* entsprachen.

Mit dem Internet hat sich diese – demokratietheoretisch als problematisch zu bewertende – Situation gewandelt. Heute kann jeder mit nur geringen technischen Kennt-

nissen Websites für das Internet produzieren. Die Kosten für Medienproduktion und -vertrieb sind dadurch deutlich gesunken und die Informationen können zugleich weltweit genutzt werden. Da auch keine (halb-)staatlichen Regulierungsbehörden Einfluss nehmen, ist das Internet frei von einer Dominanz nationaler oder parteipolitischer Einflussnahmen. Auf diese Weise wohnt dem Medium das Potenzial zur Demokratisierung der Verbreitung von Informationen inne. Es kann zur Organisation von Kampagnen und zum Ausdruck gemeinsamer Interessen, für den Austausch von Informationen und zur Diskussion kontroverser Fragen genutzt werden. Besonders Nicht-Regierungsorganisationen und lokale/regionale Gruppen haben diese Chancen des Internet zur Entwicklung und Verbreitung ihrer Vorstellungen nutzen können. Damit wird möglich, was Brecht schon in Bezug auf die traditionellen Medien gefordert hatte: „Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. [...] Der Rundfunk müsste demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren.“¹⁷ Aus einem eindimensionalen Kommunikationsprozess sollte eine Kommunikation unter Personen werden, die gleichzeitig Sender und Empfänger sind. In diesem Sinne hatte sich die Arbeiterbewegung 1918 die Funkstationen zu Nutzen gemacht, um ihre Ziele zu proklamieren.¹⁸

2.2 Grenzen für mehr Information und Aufklärung durch das Internet

Neben dem demokratieförderlichen Potenzial des Internet müssen allerdings gleichzeitig Probleme festgehalten werden, die eine freie Informationsverbreitung mindestens indirekt behindern. Dass das Internet überhaupt nicht kontrolliert bzw. reguliert würde, gehört zu einer der mächtigen „Legenden unserer Zeit“¹⁹. Der Zugang zu Internetseiten wird zwar nicht staatlich oder überstaatlich reguliert, aber kommerziell. Um Informationen ins Netz stellen zu können, muss die Zuteilung einer Adresse durch die private Organisation *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (ICANN) erfolgen. Um Seiten lesen zu können, ist eine Anmeldung bei einem privaten *Internet Service Provider* wie z.B. T-online oder AOL erforderlich. Die überwiegende Mehrheit der Nutzer steigt zudem über wenige (in der Regel kommerzielle)

¹⁷ Brecht 1932/1967, S. 129.

¹⁸ In der Weimarer Republik wurde auch bereits versucht, der sozialen Ungleichheit in Bezug auf den Zugang zu Medien zu begegnen. In Arbeiter-Radio-Klubs wurden selbst Radios gebaut (vgl. Ollmann 1997). Von einer Million angemeldeten Radios war Mitte der 20er Jahre mehr als die Hälfte selbst gebaut. Die Bedeutung der Informationsverbreitung machte sich auch die NS-Regierung zunutze: Die Industrie musste Volksempfänger unter Preis anbieten.

¹⁹ Bavarnes/Donald/Donald 2001, S. 86.

Suchmaschinen (wie z.B. Google oder Yahoo) ein, die insofern eine indirekte Kontrolle über das Internet ausüben. Unmittelbar deutlich wird dies z.B. an den Rankings, mit denen Treffer einer Suche im Internet präsentiert werden: Voran stehen kommerzielle Angebote zum gesuchten Thema. Für diese Prominenz zahlen die Anbieter hohe Summen an die Entwickler der Suchmaschinen, Informationen stellen hier eine Ware wie jede andere dar.

Neben der Kommerzialisierung des Internet stellt die angeführte Chance, dass nun jeder Informationen verbreiten kann, gleichzeitig ein Problem dar. Die dadurch entstehende Informationsüberflutung führt zu einem unübersichtlichen Nebeneinander von bedeutsamen und belanglosen Positionen, nicht zu einer aktiven Auseinandersetzung zwischen diesen. Paoli sieht diesen Mechanismus geradezu als Perfektionierung von Zensur, die niemals alle kritischen Stimmen unterdrücken könne: Durch das Internet werde die Meinungsfreiheit „nicht vernichtet, sondern in zahlreiche Communities, Szenen und Ghettos fragmentiert“²⁰. Im Unterschied zu den Massenmedien findet durch das Internet eine Individualisierung der Informationsproduktion, -verbreitung und -rezeption statt. Insofern kann bezweifelt werden, ob die öffentliche Wahrnehmung und eine rationale öffentliche Willensbildung tatsächlich durch das Internet steigen, so intensiv es auch für Formen der ‚Gegenöffentlichkeit‘ genutzt werden kann und wird. Gellner beschwört bereits die Gefahr von „Stimmungsdemokratien“, in denen *ad hoc*-Gruppen mit Hilfe der neuen Medien politische Prozesse unterlaufen und „alltägliche Plebiszit[e]“ mit „schnellen und einfachen Lösungen“ herbeiführen.²¹ Darüber hinaus ist schließlich darauf hinzuweisen, dass der Prozess der öffentlichen Willensbildung weniger vom Zugang zu Informationen als von komplexen (und subtilen) Machtprozessen abhängt.

2.3 Angebot demokratiefeindlicher Informationen im Internet

Neben Privatisierung und Individualisierung als Grenzen von mehr Information und Aufklärung durch das Internet ist ein zentrales Problem, dass sich das Angebot an demokratiefeindlichen Produkten explosionsartig vermehrt hat. Rassismus, Sexismus und Militarismus haben mit dem Internet ein Publikationsforum zur Verfügung, wie es zuvor nicht denkbar war. Wie mit diesem Problem umgegangen werden soll, ist eine umstrittene Frage. Abgesehen von offensichtlichen Gesetzesverstößen (wie z.B. bei Kinderpornographie, Volksverhetzung oder einem Verstoß gegen Persönlichkeits-

²⁰ Vgl. Paoli 2003.

²¹ Gellner 1998, S. 19.

rechte; hierzu im Einzelnen s. unten), steht jede Einschränkung des Zugangs zu medialen Angeboten in der Gefahr, gegen das Grundrecht der Meinungsfreiheit zu verstoßen. Generelle Verbote von Informationsangeboten kommen daher in der Regel nicht in Frage, da sie das Recht eines mündigen Erwachsenen beschneiden, sich pornographischer, militaristischer oder anderer Angebote (seien sie auch noch so schwer jugendgefährdend) zu bedienen. Dies zuzulassen ist der Preis dafür, dass andernfalls angesichts schwer fassbarer normativer Merkmale weitreichende Einschränkungen ggf. schon greifen könnten, wenn es sich nur um moralisch oder politisch missliebige Darstellungen handelt.

So weitgehend unumstritten der Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit vor dem Aufkommen des Internet war, da jugendgefährdende Angebote z.B. in Videotheken durch eigene Abteilungen vertrieben werden konnten, so kontrovers wird die Reichweite seither diskutiert. Zwar legt der neue „Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien“ der 16 Bundesländer fest: „Sofern Anbieter Angebote, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen, verbreiten oder zugänglich machen, haben sie dafür Sorge zu tragen, dass Kinder oder Jugendliche der betroffenen Altersstufen sie üblicherweise nicht wahrnehmen.“²² Internetangebote werden derzeit aber generell nicht gekennzeichnet und die Schaffung abgetrennter Internet-Bereiche ‚nur für Erwachsene‘ erscheint ebenso unmöglich. Damit sind jugendgefährdende Angebote jederzeit öffentlich zugänglich, so dass die Diskussion um den Schutz von Kindern und Jugendlichen eine neue Qualität bekommen hat.

Besonders betroffen sind in diesem Zusammenhang Einrichtungen, die die Absicht haben, soziale Ungleichheiten im Zugang zu neuen Medien auszugleichen, z.B. Internet-Cafés in Schulen und Jugendhäusern. Hier radikale Lösungen zu suchen – wie z.B. generelle Verbote, im Internet zu surfen –, muss als kontraproduktiv angesehen werden, bietet das Internet doch auch entwicklungsförderliche Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungsmöglichkeiten. Die Computerindustrie bietet technische Hilfen, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden, und zwar durch so genannte Filtersoftware. Dabei handelt es sich um Systeme, die auf Einzelrechnern oder auf zentralen Rechnern einer Institution oder eines Providers installiert werden können und die Informationen aus dem Internet zugänglich machen bzw. sperren,

²² JMStV §5 Abs. 1.

wenn sie vorgegebenen Kriterien entsprechen.²³ Keine dieser technischen Hilfen trägt allerdings in überzeugender Weise. Die mit verbotenen Begriffen arbeitenden Systeme versagen z.B. bei Bildern oder Tönen und sind nicht kontextsensitiv. Die Erstellung und Pflege von *site blocking*-Listen ist so aufwändig, dass eine Durchsicht und Klassifizierung der monatlich ca. zehn bis zwanzig Millionen neuen Webseiten schwerlich leistbar sind. Und das dritte Prinzip des *Page labeling* soll von den Anbietern selbst durchgeführt werden, was Zweifel an deren Korrektheit aufkommen lässt. Zudem versuchen die hinter den Programmen stehenden Organisationen, ihre Moralvorstellungen auf diese Weise durchzusetzen.

Nicht weniger schwierig als bei den zwar jugendgefährdenden, aber legalen Internetangeboten, ist die Situation im Fall krimineller Angebote. Obwohl das Strafgesetzbuch volksverhetzende, gewaltverherrlichende sowie pädophile, sodomitische und gewalthaltige pornographische Mediendarstellungen verbietet, können sie nur begrenzt juristisch bekämpft werden. Einerseits verfügen die Strafverfolgungsbehörden nicht über hinreichende personelle Kapazitäten, mit denen angesichts der dezentralen Struktur des Internet und des täglich wachsenden Angebots eine effektive Kontrolle gewährleistet werden könnte. Andererseits steht die Strafverfolgung vor der besonderen rechtlichen Situation, dass nicht alles, was in der Bundesrepublik verboten ist, auch im Ausland gegen Gesetze verstößt. Der Nationalstaat mit seinen traditionellen, an räumliche Grenzen gebundenen Strukturen stößt hier an seine Grenzen, ohne dass eine Globalisierung des Rechtssystems machbar erscheint.

Rechtsextreme Websites wie das ‚Störtebeker-Netz‘ werden nur noch zu einem geringen Teil auf deutschen Servern publiziert, da hier eine Allianz aus Polizei und Jugendschützern eine strikte Verbotspolitik praktiziert, sobald die Seiten entdeckt werden.²⁴ Auch werden einschlägige Internetadressen – wie beispielsweise *adolfhitler.de* oder *auschwitzluege.de* – auf Mitteilung von den Providern gesperrt. Die Folge ist, dass Internet-Präsentationen deutscher Neonazis in Deutschland von eindeutig strafbaren Inhalten weitgehend frei sind, während die Angebote, die derselbe Personenkreis auf ausländischen Servern bereitstellt (zu neunzig Prozent auf amerikanischen, zu zwei bis drei Prozent auf kanadischen und im Übrigen auf russischen und asiatischen Servern), zu achtzig Prozent strafbare Inhalte vertreten.²⁵ Ein Verbot dort

²³ Vgl. Gleis 2003.

²⁴ Vgl. Fromm/Kernbach 2001.

²⁵ Vgl. <http://www.baden-wuerttemberg.de/verfassungsschutz>.

ist nicht möglich, da in den USA neonazistische Äußerungen, selbst die Leugnung des Holocaust, unter die Meinungsfreiheit fallen.

3 Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten?

Im Hinblick auf gesellschaftliche Kommunikationsprozesse ergibt sich neben der Frage von Zugang und Verbreitung von Informationen sowie deren inhaltlicher Qualität eine dritte Analyseperspektive: die Nutzung des Internet als Werkzeug für aktive gesellschaftliche Partizipation. Hier kann zwischen einer politischen, einer ökonomischen und einer kulturellen Dimensionen unterschieden werden.

3.1 Das Internet in Politik und Verwaltung

Der Aufbau virtueller Rathäuser (*eGovernment*) verspricht sowohl mehr Transparenz in Bezug auf das Handeln der staatlichen Behörden und die von ihnen erzeugten bzw. verwalteten Daten als auch mehr Bürgernähe durch direkten Dialog, der mit Hilfe digitaler Kommunikation erfolgen kann. So lassen sich An- und Abmeldungen beim Einwohnermeldeamt, Bauanträge, Gebührenzahlungen, Kartenbestellungen für kulturelle Ereignisse, Stellenausschreibungen und der Lohnsteuerjahresausgleich zeitsparend und preiswert für alle Beteiligten über das Internet erledigen. Vergleichbare Chancen bestehen für den Bereich der Politik. Neben Informationen über politische Ziele und Vorhaben wie Bebauungspläne werden in einigen Gemeinden elektronische Wahlen erprobt. Auch hier geht es u.a. darum, öffentliche Vorgänge für die Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen, indem kein Wahllokal mehr aufgesucht werden muss; letztlisches Ziel ist, eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Parallel könnte die Organisation der Wahlen für den Staat verbilligt und vereinfacht werden, indem durch technische Unterstützung wie z.B. Touch-Screens, Übermittlung per Internet und automatische Zählung Kosten gesenkt werden könnten und die schwierige Rekrutierung von Wahlhelfern (für eine Bundestagswahl werden z.B. 630.000 Personen benötigt) weitgehend entfiel. Über das Internet könnten auch plebiszitärer Elemente gestärkt werden.

Gleichzeitig drohen für den Bereich von Politik und Verwaltung Gefahren, die nicht zu unterschätzen sind. Noch vor wenigen Jahren wurden – z.B. im Zusammenhang der Volkszählungen – Datenschutzdebatten um Erhebungs- und Speichervorgänge ge-

führt, die im Vergleich zur heutigen Praxis geringfügige Vorgänge darstellen. Millionenfach werden heute von Internetanbietern systematisch biographische Spuren gesammelt (Stichwort ‚Cookies‘). Auch macht die allgegenwärtige Digitalisierung von Lebensbereichen das Aufspüren des Einzelnen leicht (z.B. über das Handy), werden über Web-Cams Aufnahmen von öffentlichen Plätzen weltweit verbreitet und wird der weltweite Telefonverkehr überwacht, während es vor 25 Jahren umfangreiche Diskussionen um die Rasterfahndung gegeben hat. Dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung das Gegenstück zur Meinungs- und Informationsfreiheit ist, hat sich zwar rechtlich, aber nicht in nennenswertem Ausmaß im gesellschaftlichen Bewusstsein niedergeschlagen.

Im Hinblick auf online-Wahlen ist – abgesehen von vermutlich gravierenden Sicherheitsproblemen – zum einen die Frage zu stellen, ob eine höhere Wahlbeteiligung tatsächlich durch den Einsatz des Internet erreicht werden kann, da soziale und politische Gründe für Nichtwähler vermutlich bedeutsamer sind als ihr Zeitaufwand. Dies zeigt sich bereits bei diesbezüglichen Versuchen im Universitätsbereich bei Wahlen zur studentischen Selbstverwaltung. Und die Einführung von mehr plebiszitären Elementen müsste zunächst politisch und gesellschaftlich gewollt sein. In diesem Fall würden Volksabstimmungen wohl kaum an finanziellen oder technischen Fragen scheitern. Darüber hinaus verweist Buchstein darauf, dass online-Wahlen „das demokratische Transparenzgebot in seinem Kern“²⁶ berühren würden, indem der Wahlprozess in seinem technischen Ablauf nur noch für Computerspezialisten detailliert nachvollziehbar wäre. Grundsätzlich gilt zudem, dass – da Software zur Durchführung von elektronischen Wahlen nötig wird, die derzeit von kommerziellen Anbietern wie Election.com, VoteHere.net und SaveVote entwickelt wird – „mit der Einführung von vernetzten Touchscreen-Geräten [...] der Weg in Richtung ‚Outsourcen‘ staatlicher Aufgaben an private Betreiber einen großen Schritt vorangetrieben“²⁷ würde.

3.2 Beeinflussung ökonomischer Prozesse

Unter ökonomischen Aspekten ist festzustellen, dass Globalisierung und mediale Entwicklung zu einer grundlegenden Veränderung der Arbeitswelt geführt haben.²⁸ Bei den meisten Berufen, insbesondere bei solchen mit höherem Einkommen und Prestige, ist der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien fester

²⁶ Buchstein 2003.

²⁷ Ebd.; vgl. auch Buchstein/Neymann 2002.

²⁸ Vgl. im Einzelnen Blömeke 2004.

Bestandteil des Arbeitsalltags, so dass Bewerberinnen und Bewerber ohne entsprechende Qualifikationen deutliche Nachteile haben. Neben der Entstehung neuer Berufe stellt der ständige Wandel von Qualifikationsanforderungen ein hervorstechendes Merkmal dar, das lebenslanges Lernen notwendig macht. Die neuen Medien können entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen. Diesem Potenzial neuer Medien steht die Auslagerung ganzer Industriezweige in Niedriglohnländer gegenüber. Schätzungen gehen davon aus, dass aufgrund der Entwicklung auf dem Telekommunikationsmarkt bis 2015 allein aus den USA 3,3 Millionen Arbeitsplätze aus den Bereichen Call Center, Softwareentwicklung und online-Kontoverwaltung nach Indien verlagert werden. Nicht unterschätzt werden sollte auch die Angreifbarkeit einer modernen Gesellschaft, die stark auf technologische Lösungen setzt. Mit Hilfe von Computerviren, DDoS-Attacken (*Distributed Denial of Service*, ausgelöst durch gezielte Überlastung von Servern), *eMail-bombing* oder Hackerangriffe können innerhalb kurzer Zeit Firmennetze lahm gelegt oder zerstört werden. Selbst terroristische Angriffe würden durch die Nutzung des Internet eine neue Wirksamkeit entfalten.²⁹

Eine vergleichbar widersprüchliche Tendenz von Chancen und Gefahren kann im Hinblick auf weitere ökonomische Prozesse festgestellt werden. Einerseits wurde oben herausgearbeitet, dass das Internet Publikationsmöglichkeiten eröffnet, ohne dass umfangreiche finanzielle Mittel notwendig werden. Andererseits haben gerade die neuen Medien in den 90er Jahren in der Medienwirtschaft einen globalen Konzentrationsprozess ausgelöst, der zuvor nur auf nationaler Ebene feststellbar war. Wenn sich auch die ökonomischen Grundzüge der Medienlandschaft nicht auf das Phänomen der ‚Medienmogule‘ reduzieren lassen, zeigt ein Blick auf (transnationale) ökonomische Verflechtungen das Problem der Anbieterkonzentration, des ‚more of the same‘, das weltweit die Meinungsvielfalt bedroht und das zwangsläufig mit immer stärkeren Aufmerksamkeitsreizen (i.e. Gewalt und Personalisierung) im Interesse des Wettbewerbs einher geht. Durch die Fusion von Firmen aus den Bereichen Telekommunikation, Entertainment und Publizistik – augenfällig in der Übernahme von Time Warner, des zuvor schon umsatzstärksten Medienkonzerns, durch AOL im Jahr 2000 und das Übernahmeangebot von Comcast, dem größten Kabelanbieter der USA, für Walt Disney im Jahr 2004 – erreichen die Medienkonzerne erstmals das

²⁹ Hutter (2002) hat hierfür den Begriff des „Cyber-Terrors“ geprägt.

Niveau anderer globaler Industrien.³⁰ Was bereits seit längerer Zeit auf nationaler Ebene beobachtet werden konnte – Zeitungssterben, insbesondere in Bezug auf die kritische Presse, Übernahme von Fernsehsendern – wiederholt sich auf internationalem Level.

Die nun entstandene Kapitalkonzentration macht es zudem leicht, unliebsame Konkurrenz ebenso wie neu entstehende Firmen einfach aufzukaufen. Zur internationalen politischen Macht der großen Medienunternehmen führen Balnaves, Donald und Donald aus:

„Obwohl Konkurrenten, schließen sie sich bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele gegebenenfalls auch zusammen, um bei anderer Gelegenheit mit anderen Partnern Interessengemeinschaften zu bilden, je nachdem, was die wirtschaftlichen und politischen Umstände erfordern. Mit ihren wechselnden strategischen Partnerschaften und dem Drängeln um territoriale Vorteile erinnert die Medien- und Informationsbranche an die Großmachtpolitik des 19. Jahrhunderts: Wie die Großmächte kolonialisieren und besetzen sie neue Märkte. Wo das nicht mit dem Einverständnis der Betroffenen möglich ist, wird Kanonenbootpolitik betrieben. Bereits heute sind diese Medienimperien zu mächtig, als dass sie durch nationale Gesetze kontrolliert werden könnten.“³¹

Dieser Konzentrationsprozess könnte sich insofern demokratiegefährdend auswirken, als nur noch schwer vorstellbar ist, dass Politik gegen die Medien machbar ist. Im Unterschied zu traditionellen Großkonzernen verfügen Medienkonzerne nicht nur über primäre ökonomische (und damit bereits politische) Macht aufgrund von Kapitalakkumulation, sondern sie verfügen gleichzeitig über sekundäre publizistische (und damit erneut politische) Macht, mit der sie auf die öffentliche Meinung einwirken können.

3.3 Beeinflussung kultureller und gesellschaftlicher Prozesse

Auch unter sozialen und kulturellen Gesichtspunkten bleibt die Beurteilung der neuen Medien nicht widerspruchsfrei. Das Internet steht prototypisch dafür, dass der Entgrenzung ökonomischer Prozesse im Zuge der Globalisierung eine Entgrenzung von Kommunikationsprozessen gefolgt ist. Politik, Rechtssystem, Kultur und Bildungsprozesse sind demgegenüber weit stärker an regionale und nationale Gegebenheiten gebunden. Welche Konsequenzen diese Ungleichzeitigkeit für die individuelle Identitätsentwicklung haben wird, ist umstritten. Während Beck optimistisch von einem „verwurzelten Kosmopolitismus“ spricht, weist Castells darauf hin, dass die Enttraditionalisierung religiöse und nationale Gegenbewegungen hervorrufen könnte – mit Fundamentalismus und Nationalismus als möglichen Folgen.³²

³⁰ Vgl. Hachmeister/Rager 2000, S. 12f.

³¹ Balnaves, Donald und Donald (2001, S. 60f.

³² Vgl. Beck 2003; Castells 2002, S. 71.

Auf nationaler Ebene kann die widersprüchliche Beeinflussung kultureller und gesellschaftlicher Prozesse besonders am Beispiel von Migrantinnen und Migranten deutlich gemacht werden.³³ Ihnen steht durch die Medienentwicklung eine Vielzahl von Medien aus ihrer alten und neuen Heimat zur Verfügung. Durch Fernsehsender und das Internet kann von der neuen Heimat aus die Kommunikation mit dem Herkunftsland beibehalten und gepflegt werden.³⁴ Die neuen Medien beeinflussen so beispielsweise, welche Wirklichkeitsvorstellungen sich bei den Migranten über Deutsche und Deutschland und welche Wirklichkeitsvorstellungen sich bei den Deutschen z.B. über die Migranten und ihre Herkunftsländer herausbilden. Vor diesem Hintergrund besitzen die Medien für Menschen mit Migrationshintergrund drei Funktionen: Sie regen Integrationsprozesse an und unterstützen sie, sie stellen eine Brücke zu den jeweiligen Herkunftsländern dar, und sie bieten Orientierungen für das Balancieren zwischen den Kulturen.³⁵

Die globalen Kommunikationsprozesse führen aber nicht dazu, dass sich die Kulturen der Migranten und die der autochthonen Bevölkerung automatisch annähern, vielmehr bleiben neben entstehenden Ähnlichkeiten auch Unterschiede zurück. Das häufigste Resultat medial vermittelter Interaktion ist die Entstehung hybrider Identitäten, indem v.a. Jüngere Elemente von ‚Hier‘ und ‚Dort‘ integrieren.³⁶ Die Spannung in der Orientierung von Migrantinnen und Migranten, die Lull als ‚Glocalization‘ bezeichnet, kann daher auch durch den Begriff einer ‚diasporischen‘ Lebenssituation ausgedrückt werden, in welcher sie sich eine eigene ‚Heimat‘ physisch wie medial aufbauen.³⁷

4 Konsequenzen für die Pädagogik

Im Hinblick auf die mit den neuen Medien zusammenhängenden Chancen und Problemlagen wurden im Kern drei – zum Teil ambivalente – Dimensionen des Internet

³³ Vgl. im Einzelnen Blömeke/Hacke 2004.

³⁴ Vgl. Miller/Slater 2000; Breidenbach/Zukrigl 2002.

³⁵ Vgl. Eggert/Theunert 2002.

³⁶ Vgl. Gillespie 1995, 1999; Winter 2003.

³⁷ Vgl. Werbner/Modood 2000. Parallel hierzu deutet sich eine vergleichbare Medienstrategie – von Robertson ebenfalls als ‚Glokalisierung‘ bezeichnet – an: Die großen Nachrichtensender versuchen, sich an lokale Absatzmärkte anzupassen und so ihre Breitenwirkung zu erhöhen. So plant CNN, ein arabischsprachiges Programm anzubieten, und Al-Jazeera sendet seit 2003 auch in englischer Sprache (vgl. Hahn 2003). Bronfenbrenners Modell, wonach sich der Lebensraum eines Menschen in konzentrischen Kreisen von der Mikro- über die Meso- zur Makroebene erweitert, verliert damit seine Gültigkeit (vgl. Hornstein 2001, S. 527).

herausgearbeitet: zum ersten die Gefahr einer ‚(doppelten) digitalen Spaltung‘ aufgrund sozial ungleicher Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten, zum zweiten die durch verbilligte Produktion und einfachen Vertrieb entstandene Möglichkeit der globalen Verbreitung demokratischer (und antidemokratischer) Inhalte sowie zum dritten die Chancen und Grenzen von mehr gesellschaftlicher Teilhabe. Damit stellt sich abschließend die Frage, wie aus pädagogischer und politischer Sicht den jeweils dargestellten Problemlagen begegnet werden kann. Diese Diskussion zielt im Folgenden nicht darauf, dass alle Menschen möglichst häufig das Internet nutzen. Sie sollen aber eine Chance auf Zugang und angemessene Nutzung haben und auf der Basis eigener Erfahrungen Vor- und Nachteile abwägen können, also: „Nicht alle müssen oder sollen das Internet nutzen, aber alle sollen wollen können.“³⁸

4.1 Aufgaben der Pädagogik in Bezug auf die doppelte digitale Spaltung

Im Hinblick auf den Aspekt der sozialen Ungleichheit beim Zugang zu neuen Medien können viele Diskussionspunkte aus dem generellen Diskurs um eine Förderung bildungsbenachteiligter Kinder und Jugendlicher aufgegriffen werden. So stellt die vorschulische Erziehung einen zentralen Zeitpunkt dar, in dem kompensatorische Maßnahmen besonders greifen können. Angesichts der gerade in diesem Alter sich ausbildenden Habitualisierung von Mediennutzungsroutinen ergibt sich ein zweites Argument für ein Engagement in diesem Bereich. Differenziert nach Zugang und Nutzung des Internet bestehen zwei Reaktionsmöglichkeiten: eine Ausstattung von Kindertagesstätten und Kindergärten mit einem reichhaltigen Medienangebot von Büchern und Zeitschriften über Tonträger und Fernseher hin zu PCs sowie eine auf den Erwerb von Medienkompetenz – also eine Fähigkeit zu sachgerechter, selbstbestimmter, kreativer und sozial verantwortlicher Nutzung und Gestaltung von Medienangeboten – ausgerichtete medienpädagogische Arbeit mit den Kindern. Die hierfür notwendigen Voraussetzungen sind: hinreichend Geld, um solche Ausstattungen vornehmen zu können, die Entwicklung angemessener medienpädagogischer Konzepte und eine darauf ausgerichtete Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. In allen drei Punkten sieht es in der Bundesrepublik Deutschland derzeit wenig günstig aus. Kein Bildungsbereich ist finanziell ähnlich schlecht ausgestattet wie die vorschulische Erziehung und der Grundschulbereich; die Entwicklung medienpädagogischer Angebote für Kinder ist in der Vergangenheit stark vernachlässigt worden und wird

³⁸ Kubicek 2003, S. 41.

erst seit wenigen Jahren begonnen; Ausbildungsideen bestehen zwar, aber Angebote werden kaum entwickelt oder wahrgenommen.³⁹

Im Hinblick auf ältere Kinder und Jugendliche sind deutlich mehr Aktivitäten auf allen Ebenen zu verzeichnen.⁴⁰ So hat sich die Ausstattung der Schulen nicht zuletzt aufgrund der Aktion ‚Schulen ans Netz‘ verbessert, existieren umfassende medienpädagogische Konzepte und fließen entsprechende Ausbildungsangebote auch zunehmend in die Lehrerbildung ein. Wenn auch derzeit noch festgestellt werden muss, dass im schulischen Alltag neue Medien nicht überall zur Selbstverständlichkeit gehören, sind die Voraussetzungen für ihren Einsatz im Unterricht geschaffen. Alle weiteren Maßnahmen in diesem Bereich sind allerdings immer wieder von kurzfristigen bildungspolitischen Interessen abhängig. Wer erinnert sich noch an das Versprechen der Bundesbildungsministerin Buhmann, bis 2006 alle Schülerinnen und Schüler mit einem Laptop auszustatten? Angesichts der konstatierten digitalen Spaltung, aufgrund derer zu vermuten ist, dass Gymnasialschüler überdurchschnittliche familiäre Chancen auf Zugang zu neuen Medien haben, müssten im Interesse sozialer Chancengleichheit und kompensatorischer Maßnahmen v.a. die Hauptschulen Mittel für neue Medien und entsprechende Lehrerfortbildungen bekommen.

Solange der Zugang zu neuen Medien zudem auf Bildungseinrichtungen – und damit auf Kinder und Jugendliche – beschränkt ist, kann von einer echten Verbreiterung des Zugangs für Erwachsene keine Rede sein. Die Schaffung eines dichten Netzes an preiswerten Zugangsmöglichkeiten wäre hier ein wichtiger Schritt (‚Prinzip der informationellen Grundversorgung‘ aus öffentlichen Servern; vgl. Kuhlen 2001). Postämter, Rathäuser und Bibliotheken könnten erste Ansatzpunkte für einen Aufbau von flächendeckenden Internetzugängen sein. Eine entsprechende politische Notwendigkeit wurde seitens der Bundesregierung auch anerkannt; die damit verbundene Bereitschaft, finanzielle Mittel einzusetzen, hat sich mit dem Ende des Booms in der Informatikbranche und der folgenden Wirtschaftskrise aber deutlich abgeschwächt.

Um medienpädagogische Vorschläge detaillierter ausarbeiten zu können, müsste im Übrigen genauer bekannt sein, wie sich Medienkompetenz entwickelt und wie sie sich effektiv fördern lässt. Während hierzu umfassende Entwicklungsarbeiten vorliegen, wurden Theoriebildung und empirische Forschung vernachlässigt.⁴¹ Als Ansatz-

³⁹ Vgl. Aufenanger/Six 2001.

⁴⁰ Vgl. Blömeke 2000; MPFS 2003.

⁴¹ Vgl. Blömeke 2003.

punkt könnte vor dem Hintergrund des Dargelegten auf Bourdieus Habitusstheorie zurückgegriffen werden. Bisher ist allerdings nicht geklärt, in welchem Verhältnis Medienkompetenz zu den drei Kapitalsorten im Sinne Bourdieus steht: Stellt sie eine Voraussetzung dar, um ökonomisches, kulturelles oder soziales Kapital erwerben zu können, ist sie Bestandteil einer dieser Formen oder ihre Folge? Zur Bearbeitung dieser Frage müsste zudem das Konstrukt ‚Medienkompetenz‘ präziser gefasst werden. Die entsprechende pädagogische Diskussion ist aufgrund eines häufig theoretisch unreflektierten Wissensbegriffs in Gefahr, durch ihre bildungsbürgerliche Orientierung einen sozialen Bias zu schaffen.

Darüber hinaus ist weitgehend unbekannt, wie sich der Einsatz neuer Medien vor dem Hintergrund sozio-kultureller Heterogenität auf Lernprozesse in den Schulen auswirkt.⁴² Zwar besitzen neue Medien die Chance, individuelle Prozesse der Wissenskonstruktion zu unterstützen. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, ob nicht ggf. durch einen verstärkten Einsatz neuer Medien soziale Ungleichheiten reproduziert werden, indem Kinder und Jugendliche mit medien-spezifischen Fertigkeiten aus intensivem familiären Umgang mit PCs und mit einem informationsorientierten Habitus stärker von einem Einsatz neuer Medien profitieren als andere. Medienpädagogische Arbeit steht hier vor dem Dilemma vieler pädagogischer Ansätze: Zwar individuell entwicklungsfördernd und daher wichtig, trägt pädagogische Arbeit häufig eher zur Verstärkung sozialer Unterschiede bei (siehe die Wirkung von Schule, wie sie die diversen Schulleistungstudien von LAU bis PISA offen gelegt haben; siehe die Wirkung bildungsorientierter außerschulischer Jugendarbeit, die traditionell eher Mittelschichtskinder erreicht als Kinder aus bildungsfernen Schichten; siehe die Wirkung von Medienpädagogik, wie sie die Langzeitforschung zur Sesamstraße deutlich gemacht hat).⁴³ Niedrigschwellige medienpädagogische Angebote, die bildungsbenachteiligte Jugendliche erreichen, sind selten.⁴⁴

4.2 Aufgaben der Pädagogik in Bezug auf die Gefahren der neuen Medien in den Bereichen Politik, Ökonomie und Recht

Im Hinblick auf die angesprochenen politischen, ökonomischen und juristischen Gefahren der neuen Medien sind zunächst einmal Politik, Wirtschaft und Recht gefordert, nach Lösungen zu suchen. Grundsätzlich ist es aber zweifelhaft, den Probleme-

⁴² Vgl. Blömeke/Hacke 2004.

⁴³ Vgl. Vollbrecht 2002, S. 303.

⁴⁴ Vgl. MPFS 2000.

men ausschließlich auf diesen Wegen begegnen zu können. Die Produktion militärischer, pornographischer und rechtsextremistischer Medienangebote beispielsweise verspricht finanzielle Gewinne in einem Ausmaß, wie sie sonst nur im Drogen- und Waffenhandel erzielt werden können. Gleichzeitig besteht offensichtlich ein entsprechender Rezeptions'bedarf' bei den Nutzern (es handelt sich fast ausschließlich um Männer). Familie, Jugendarbeit und Schule haben daher medienerzieherische Aufgaben, die über das Erreichen von Bildungstiteln hinausgehen. Entsprechende Konzepte, die auf den Aufbau einer stabilen Persönlichkeit zielen und einen Schwerpunkt bei der Förderung sozial-moralischer Entwicklung setzen, sind vorhanden. Beispielsweise sei das von Tulodziecki angesprochen:

Tulodziecki begreift Mediennutzung als soziales Handeln und sieht Medien als Mittel der Interaktion in einem sozialen bzw. gesellschaftlichen Zusammenhang. Das zentrale Ziel von Medienerziehung ist für ihn ein „sachgerechtes, selbstbestimmtes, kreatives und sozialverantwortliches Handeln im Zusammenhang mit Medien“⁴⁵. Tulodziecki formuliert fünf Aspekte einer solchen „Medienkompetenz“, bezogen auf die Kinder und Jugendliche im Rahmen von Medienerziehung Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten erwerben sollen: Auswählen und Nutzen von Medienangeboten (unter Abwägung von Handlungsalternativen), eigenes Gestalten und Verbreiten von Medienbeiträgen, Verstehen und Bewerten von Mediengestaltungen, Erkennen und Aufarbeiten von Medieneinflüssen sowie Durchschauen und Beurteilen von Bedingungen der Medienproduktion und Medienverbreitung.⁴⁶ Dabei ist jeweils das sozial-kognitive Niveau von Kindern und Jugendlichen in intellektueller und sozial-moralischer Hinsicht zu berücksichtigen und zu fördern. Auch sind ihre Bedürfnisse und ihre Lebenssituation zu beachten.⁴⁷ Mit diesen Vorstellungen liegt Tulodziecki auf der Linie der KMK-Konferenz, die bereits 1983 festgelegt hat, dass die Schule „alle in ihrem Bereich liegenden Erziehungs- und Einwirkungsmöglichkeiten durch Medienerziehung intensiv nutzen“⁴⁸ müsse.

Zusammenfassend sei festgehalten, dass die neuen Medien auf unterschiedlichen Ebenen für die Pädagogik eine Herausforderung darstellen. In Bezug auf die soziale Ungleichheit bei Zugang und Nutzung des Internet sowie identitätsbezogene Fragen

⁴⁵ Vgl. Tulodziecki 1997, S. 120.

⁴⁶ Ebd., S. 143.

⁴⁷ Vgl. Tulodziecki 1992, S. 59.

⁴⁸ KMK 1983, S. 106.

wurden im vorliegenden Beitrag verschiedene pädagogische Maßnahmen entwickelt. Die Wirksamkeit all dieser Vorschläge gleich wieder einschränkend, muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass angesichts des grundsätzlich widersprüchlichen Potenzials der neuen Medien eine umfassende Reflexion der Thematik aus pädagogischer Sicht, Forschungsanstrengungen und Interventionen zwar unverzichtbar sind, um Chancen besser nutzen und Gefahren weitgehend reduzieren zu können. Gesellschaftliche Reformen sind dadurch allerdings nicht zu ersetzen.

Literatur

- Aufenanger, St./Six, U. (Hrsg.) (2001): Handbuch Medien. Medienerziehung früh beginnen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Baacke, D. (1984): Kommunikationskultur und Jugend. In: Haen, I. de (Hrsg.): Medienpädagogik & Kommunikationskultur. Referate und Texte nach dem ersten „Forum Kommunikationskultur“. Frankfurt/M.: GEP, S. 37-53
- Baacke, D. (1997): Medienpädagogik (= Grundlagen der Medienkommunikation; 1). Tübingen: Niemeyer
- Baacke, D. (1998): Cyberdemokratie im globalen Netz oder Zur Bodenhaftung der Lebenswelt. In: Medien und Erziehung 42 (1998) 2, S. 75-80
- Balnaves, M./J. Donald/St. H. Donald (2001): Der Fischer Atlas Medien. Frankfurt/M.: Fischer
- Beck, U. (2003): Verwurzelter Kosmopolitismus. Entwicklung eines Konzepts aus rivalisierenden Begriffsoptionen. In: Beck, U./Sznaider, N./Winter, R. (Hrsg.): „Globales Amerika?“ Die kulturellen Folgen der Globalisierung. Bielefeld: transcript, S. 25-43
- Blömeke, S. (2000): Medienpädagogische Kompetenz. Theoretische und empirische Fundierung eines zentralen Elements der Lehrerbildung. München: KoPäd
- Blömeke, S. (2003): Lehren und Lernen mit neuen Medien. Forschungsstand und Forschungsperspektiven. In: Unterrichtswissenschaft 31, S. 57-82
- Blömeke, S. (2004): Neue Medien und Globalisierung. Mehr Chancengleichheit und Demokratie oder neue Barrieren? Erscheint in: Steffens, G./Weiß, E. (Hrsg.): Jahrbuch für Pädagogik 2004. Frankfurt/M.: Lang
- Blömeke, S./Hacke, S. (2004): Lernen mit neuen Medien unter den Bedingungen sozio-kultureller Diversität. Manuskript für den Vortrag bei der DGfE-Jahrestagung in Zürich „Bildung über die Lebenszeit“ (24.03.2004)
- Bonfadelli, H. (1987): Die Wissensklufforschung. In: Schenk, M.: Medienwirkungsforschung. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 305-323
- Bonfadelli, H. (1994): Die Wissenskluff-Perspektive. Massenmedien und gesellschaftliche Information (= Forschungsfeld Kommunikation; 5). Konstanz: UVK
- Bonfadelli, H. (2002): The Internet and Knowledge Gaps. A Theoretical and Empirical Investigation. In: European Journal of Communication 17, S. 65-84
- Bowie, N. A. (2000): The digital divide. Making knowledge available in a global context. In: OECD (Hrsg.): Schooling for Tomorrow. Learning to bridge the digital divide – education and skills. Paris: OECD, S. 37-50
- Brecht, B. (1932/1967): Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks. In: Brecht, Bert: Gesammelte Werke. Bd. 18: Radiotheorie. Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Breidenbach, J./I. Zukrigl (2002): Widersprüche der kulturellen Globalisierung. Strategien und Praktiken. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B12/2002, S. 19-25
- Buchstein, H. (2003): Das unhintergehbare Gebot der Transparenz. Demokratie „outsourcen“? Online-Wahlen sind ein Modernisierungsversuch von höchster normativer Brisanz. In: Frankfurter Rundschau Nr. 293 v. 16.12.2003
- Buchstein, H./Neymann, H. (Hrsg.) (2002): Online-Wahlen. Opladen: Leske und Budrich
- Castells, M. (2001): Das Informationszeitalter I. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen: Leske und Budrich
- Castells, M. (2002): Das Informationszeitalter II. Die Ära der Information. Opladen: Leske und Budrich
- Castells, M. (2003): Das Informationszeitalter III. Jahrtausendwende. Opladen: Leske und Budrich

- Chomsky, Noam: Media Control. Wie die Medien uns manipulieren. Hamburg/Wien: Europa-Verlag
- [Drucksache 14/6374] Struck, P. und Fraktion/K. Müller, R. Schlauch und Fraktion (2001): Antrag an den Deutschen Bundestag „Digitale Spaltung der Gesellschaft überwinden – eine Informationsgesellschaft für alle schaffen“. Bonn: Bundesanzeiger v. 20.06.2001 [<http://www.spdfraktion.de/pa/wag/medien/146374.pdf>] 16.07.2003]
- Eggert, S./H. Theunert (2002): Medien im Alltag von Heranwachsenden mit Migrationshintergrund – Vorwiegend offene Fragen. In: Medien und Erziehung 46, S. 289-300
- Eimeren, B. v. u.a. (2001): ARD/ZDF-Online-Studie 2001. Internetnutzung stark zweckgebunden. In: Media Perspektiven 8/2001, S. 382-397 [<http://www.zdf.de/ZDFde/download/0,1896,2000009,00.pdf>] 16.07.2003]
- Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ (1996): Arbeitsprogramm. Bonn: Deutscher Bundestag
- Flusser, V. (1995): Die Revolution der Bilder. Der Flusser-Reader zu Kommunikation, Medien und Design. Köln: Bollmann
- Flusser, V. (1999a): Die Informationsgesellschaft. Phantom oder Realität? Köln: Supposé
- Flusser, V. (1999b): Medienkultur. Frankfurt/M.: Fischer
- Fromm, R./B. Kernbach (2001): Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr. München: Olzog
- Gellner, W. (1998): Das Ende der Öffentlichkeit? In: Gellner, W./F. v. Korff (Hrsg.): Demokratie und Internet. Baden-Baden: Nomos, S. 11-24
- [GfK 2001] Auftraggebergemeinschaft GfK Online-Monitor: GfK Online-Monitor. Ergebnisse der 7. Untersuchungswelle 2001 [http://www.gfk.de/produkte/eigene_pdf/online_monitor.pdf] 16.07.2003]
- Gillespie, M. (1999): Fernsehen im multiethnischen Kontext. In: Hörning, K. H./R. Winter (Hrsg.): Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 292-338
- Gillespie, M. (1995): Television, Ethnicity and Cultural Change. London/New York: Routledge
- Gleis, A. (2003): Filtersoftware – vollautomatischer Jugendschutz? [<http://jugend-ans-netz.org/sozial/filtersoft.htm>] 16.07.2003]
- Hachmeister, L./G. Rager (Hrsg.) (2000): Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medienkonzerne der Welt. München: Beck
- Hahn, O. (2003): Die tiefen Gräben der globalen Medienwelt. Interkulturelle Medienkompetenz, Krisenkommunikation und der Kampf um regionale und lokale Absatzmärkte. In: Frankfurter Rundschau Nr. 287 v. 09.12.2003
- Hornstein, W. (2001): Erziehung und Bildung im Zeitalter der Globalisierung. Themen und Fragestellungen erziehungswissenschaftlicher Reflexion. In: Zeitschrift für Pädagogik 47, S. 517-537 [<http://www.baden-wuerttemberg.de/verfassungsschutz>] 16.07.2003]
- Hutter, R. (2002): „Cyber-Terror“. Risiken im Informationszeitalter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 10-11/2002, S. 31-39
- [JMStV 2004] Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV) [<http://www.artikel5.de/gesetze/jmstv.html>] [13.01.2004]
- (KMK 1983) Schulische Maßnahmen zur aktuellen Entwicklung am Videomarkt. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 25.11.1983. In: KMK-Erg.-Lfg. 55 vom 11. September 1984, S. 106-108
- Kubicek, H. (2003): Ein Internet für alle? Über die Notwendigkeit vielfältiger Bildungsinitiativen. In: Roters, G./O. Turecek/W. Klingler (Hrsg.): Digitale Spaltung. Informationsgesellschaft im neuen Jahrtausend – Trends und Entwicklungen (= Schriftenreihe Baden-Badener Sommerakademie; 3). Berlin: Vistas, S. 41-50
- Kuhlen, R. (2001): Universal Access – Wem gehört das Wissen? [<http://www.inf-wiss.uni-konstanz.de/People/RK/Vortraege01-Web/publikationstext.pdf>] 13.05.2003]
- Lull, J. (2000): Media, Communication, Culture. A Global Approach. New York: Columbia University Press
- Maas, H. (2003): Zwischen Flirt und Zensur. Rasanter Marsch zur Informationsfreiheit: China versucht weiterhin, das Internet zu kontrollieren. In: Frankfurter Rundschau Nr. 294 v. 17.12.2003
- Miller, D./D. Slater (2000): The Internet. An ethnographic approach. Oxford: Berg
- [MPFS 2000] Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): Medienpädagogik und soziokulturelle Unterschiede. Eine Studie zur Förderung der aktiven Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen aus bildungsmäßig und sozial benachteiligten Verhältnissen. Baden-Baden: MPFS
- [MPFS 2003] Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): Lehrer/-innen und Medien 2003. Nutzung, Einstellungen, Perspektiven. Baden-Baden: MPFS
- Niedermayer, O. (2001): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

- Ollmann, H. (1997): Die Rundfunksituation in der Bundesrepublik Deutschland. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
 [<<http://home.wtal.de/ollmann/RUNDFUNKSITUATION/RUNDFUNKSITUATION.htm>> 16.07.2003]
- Paoli, G. (2003): Okkultismus der Macht. Nach Adorno (1). In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 08.09.2003, S. 33
- Perillieux, R./Bernat, R./Bauer, M. (2000): Digitale Spaltung in Deutschland. Ausgangssituation, internationaler Vergleich, Handlungsempfehlungen. Düsseldorf
 [<<http://www.initiatived21.de/news/disp.pdf>> 16.07.2003]
- Tichenor, Ph. J./G. A. Donohue/C. N. Olien (1970): Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge. In: Public Opinion Quarterly 34, S. 159-170
- TNS Emnid/Initiative D21 (2002): (N)ONLINER-Atlas 2002. Eine Topographie des digitalen Grabens durch Deutschland [<<http://www.emind.emnid.de/downloads/studien/200212101Atlas2002.pdf>> 13.05.2003]
- Toffler, A./H. Toffler (1994): Creating a new civilisation. The politics of the third wave. Atlanta: Turner Publishing
- Toffler, A. (1993): Machtbeben. Der globale Vorstoß der Informationseliten. Düsseldorf/Wien: Econ
- Tulodziecki, G. (1992): Mediennutzung als situations-, bedürfnis- und entwicklungsbezogene Handlung – Konsequenzen für die Medienerziehung. In: Schill, W./Tulodziecki, G./Wagner, W.-R. (Hrsg.): Medienpädagogisches Handeln in der Schule. Opladen: Leske + Budrich, S. 59-72
- Tulodziecki, G. (1997): Medien in Erziehung und Bildung. Grundlagen und Beispiele einer handlungs- und entwicklungsorientierten Medienpädagogik. Bad Heilbrunn/Obb.: Klinkhardt
- Umesao, T. (1963): Information Industry Theory. Dawn of the Coming Era of the Ectodermal Industry. In: Hoso Asahi 1963, Oktober, S. 4-17
- Vollbrecht, R. (2002): Medien als Verstärker sozialer Ungleichheiten. In: Mägdefrau, Jutta/Eva Schumacher (Hrsg.): Pädagogik und soziale Ungleichheit. Aktuelle Beiträge – neue Herausforderungen. Bad Heilbrunn/Obb.: Klinkhardt, S. 295-304
- Werbner, P./T. Modood (2000): Debating Cultural Hybridity. London/New Jersey: Zed Books
- Winter, R. (2003): Globale Medien, kultureller Wandel und die Transformation des Lokalen. Der Beitrag der Cultural Studies zu einer Soziologie hybrider Formationen. In: Beck, U./ N. Sznajder/R. Winter (Hrsg.): Globales Amerika? Die kulturellen Folgen der Globalisierung. Bielefeld: Transcript, S. 263-283